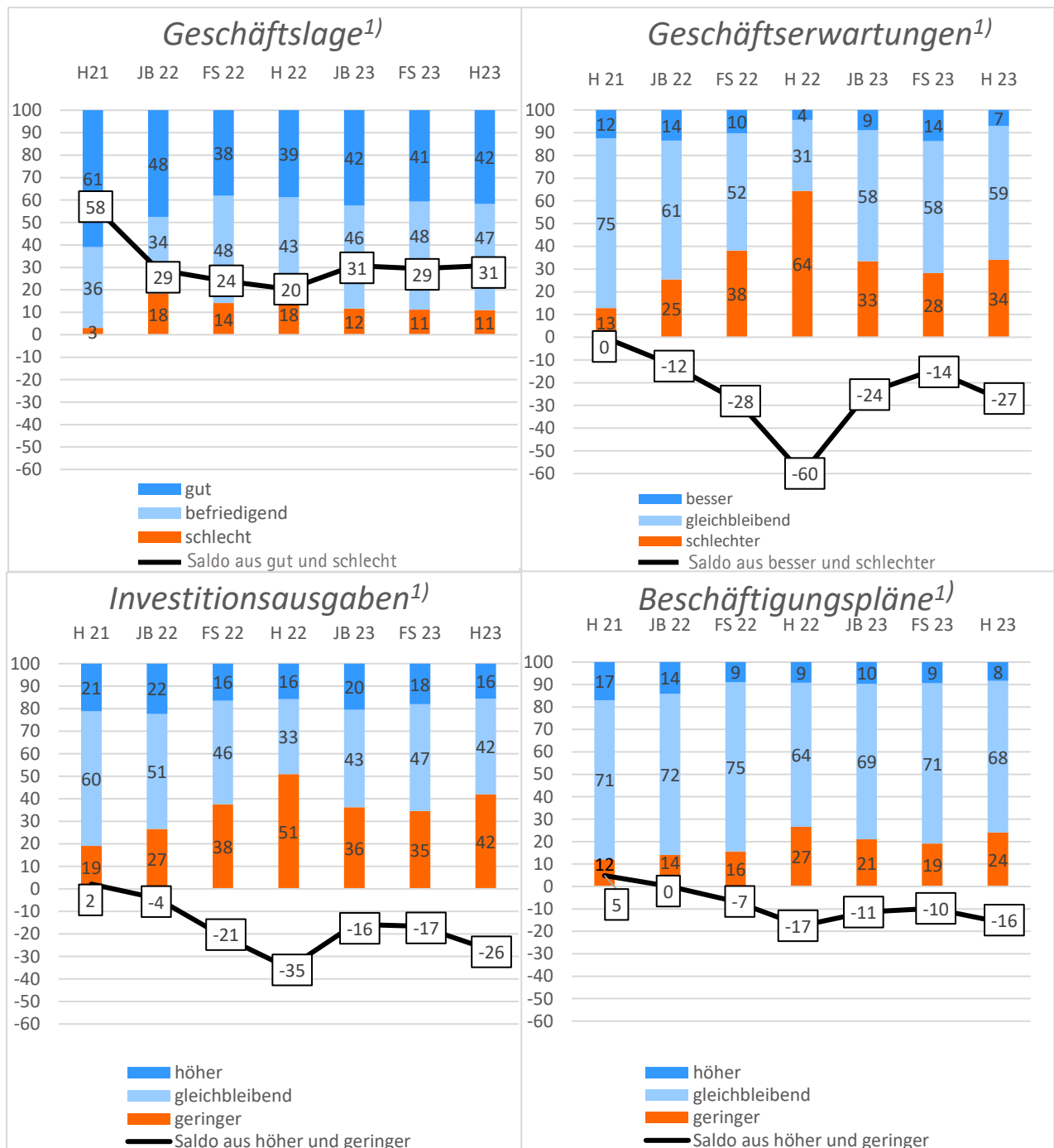


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Herbst 2023

Urteil der Unternehmen in %



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Pessimistische Stimmung bei weiterhin befriedigender Wirtschaftslage

Für die aktuelle Konjunkturumfrage (H 23) wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 11. September bis 6. Oktober 2023 befragt.¹ Die Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich im Vergleich zur Umfrage im Frühsommer 2023 (FS 23) kaum verändert. 89 % der Unternehmen bezeichnen ihre Lage als „gut“ oder „befriedigend“ und 11 % bezeichnen sie als schlecht. Auch die Gewinnlage wird ähnlich beurteilt wie im Frühsommer 2023. 30 % der Unternehmen sprechen von einer „guten“, 25 % von einer „schlechten“ Gewinnlage. Die Auftragslage hat sich dagegen verschlechtert. Die hohen Auftragsbestände des vergangenen Jahres sind von den Unternehmen in diesem Jahr abgearbeitet worden und die geringe wirtschaftliche Dynamik bremst die Neuaufträge.

Die Finanzlage beurteilen 54 % der Unternehmen als unproblematisch. 29 % der Unternehmen beklagen einen Eigenkapitalrückgang. Das sind in etwa so viele wie bei der Vorumfrage, aber erheblich weniger als im Herbst 2022 (40 %). Angesichts der Anhebungen der Fremdkapitalzinsen in diesem Jahr ist es nicht überraschend, dass mehr Unternehmen als noch bei der Vorjahresumfrage eine hohe Fremdkapitalbelastung nennen (H 23: 14 %, H 22: 7 %).

Die Erwartungen haben sich gegenüber der Umfrage vom Frühsommer 2023 eingetrübt. Weniger Unternehmen erwarten eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und mehr eine Verschlechterung, so dass der Erwartungssaldo auf -27 Prozentpunkte abgefallen ist. Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist aktuell ohne Dynamik und von der Weltwirtschaft kommen ebenfalls keine positiven Impulse. Die günstigeren gesamtwirtschaftlichen Prognosen für das kommende Jahr finden offenbar noch keinen Niederschlag in den Erwartungen der regionalen Unternehmen. 70 % der Unternehmen sehen in den aktuellen Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko (Abb. 2). Der Arbeits- und Fachkräftemangel, das Anheben des Mindestlohns, die Erhöhung der Sozialabgaben aber auch die hohe Inflationsrate setzen die Löhne unter Druck. In der aktuellen Umfrage stehen daher zum ersten Mal seit vielen Jahren die Arbeitskosten unter den Geschäftsrisiken an zweiter Stelle.

Bei stagnierender Beurteilung der Geschäftslage bewirken die gegenüber der Vorumfrage vom Frühsommer 2023 schlechteren Erwartungen einen Rückgang des Konjunkturklimaindexes von 105 auf 98 Indexpunkte (Abb. 1). Er liegt damit weit unter dem zehnjährigen Mittel von 115 Indexpunkten.

Die gegenüber der Vorumfrage schlechteren Erwartungen hemmen die Investitionsbereitschaft. Nur 16 % der Unternehmen planen höhere, 42 % der Unternehmen dagegen niedrigere Investitionsausgaben. Die gestiegenen Fremdkapitalzinsen drücken die Rentabilität von Investitionsprojekten. Fast die Hälfte der Unternehmen plant in den kommenden 12 Monaten keine Investitionsausgaben oder sieht Investitionssummen von unter 10.000 € vor. Gut drei Viertel der investierenden Unternehmen planen Ersatzinvestitionen. An zweiter Stelle unter den Investitionsmotiven stehen Rationalisierungsinvestitionen, die von etwa einem Viertel der Unternehmen ins Auge gefasst werden.

Auch die Beschäftigungsplanungen sind zurückhaltender als bei der Vorumfrage. Der Anteil an Unternehmen, die einen Rückgang ihrer Belegschaft erwarten, übersteigt den Anteil derer, die mit einer wachsenden Mitarbeiterzahl planen, um 16 Prozentpunkte. Einerseits halten sich die Unternehmen aufgrund der hohen Unsicherheit und schwachen Konjunkturaussichten mit Neueinstellungen zurück. 41 % der Unternehmen geben an, dass sie aktuell keinen Personalbedarf haben. Andererseits können 43 % der Unternehmen freiwerdende Stellen nicht besetzen. Fast die Hälfte dieser Unternehmen suchte Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung für diese offenen Stellen.

Ab November 2023 wird die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes schrittweise in Kraft treten. In der aktuellen Konjunkturumfrage werden die Unternehmen gefragt, ob sie Bedarf an Fachkräften aus

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 860 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 269. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

Nicht-EU Ländern haben und welche Unterstützung sie benötigen bei der Einstellung dieser Personen (Abb. 3.) Die Einstellung von Fachkräften aus Drittstaaten kommt für Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen oft nicht in Frage. Sie haben nicht die personellen Kapazitäten zur Rekrutierung im Ausland und Integration von Ausländern – u.U. mit schlechten Sprachkenntnissen – in den Betrieb. Den Unternehmen wäre sehr geholfen, wenn die Sprachkompetenz von Fachkräften, die nach Deutschland einwandern wollen durch mehr Sprachangebote im In- und Ausland gestärkt würde und die notwendigen Verwaltungsverfahren vereinfacht und beschleunigt würden.

Abb. 1

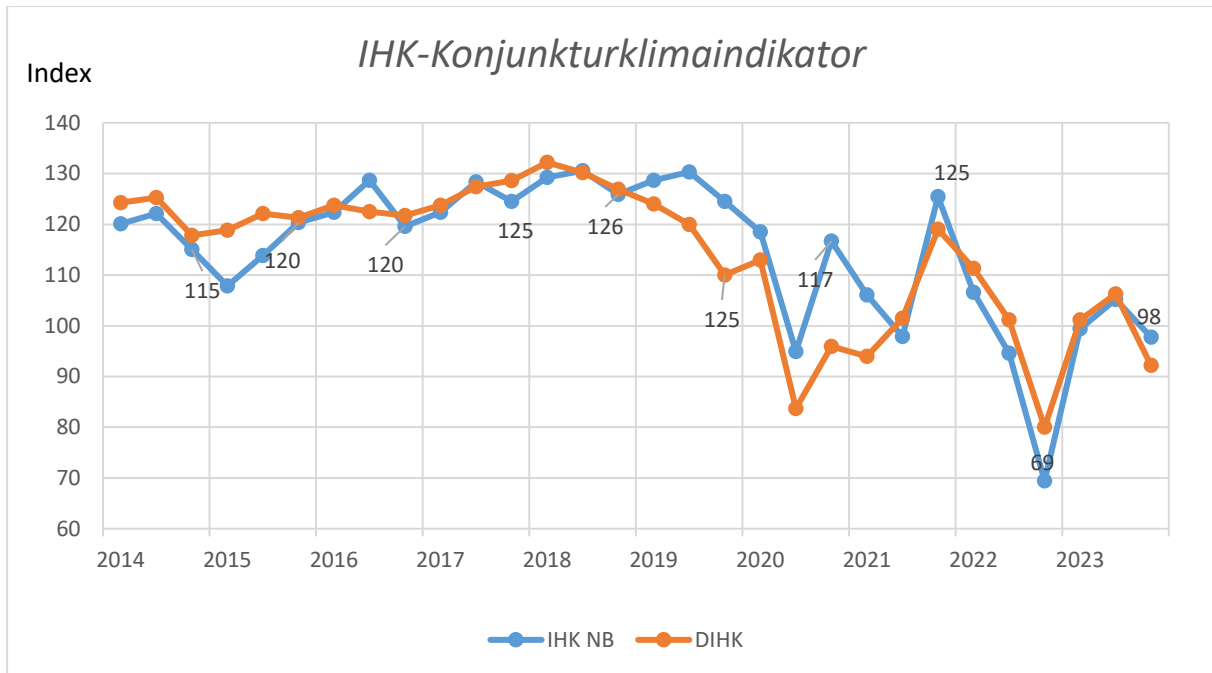


Abb. 2

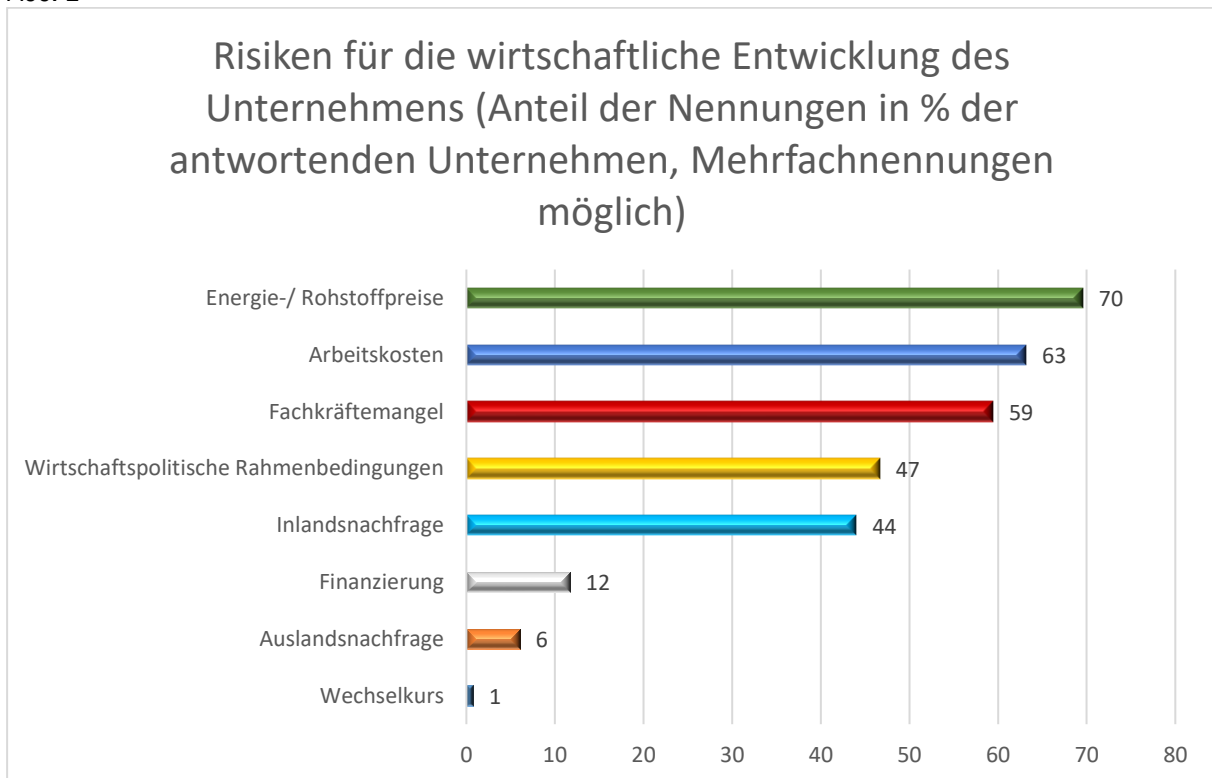


Abb.3.

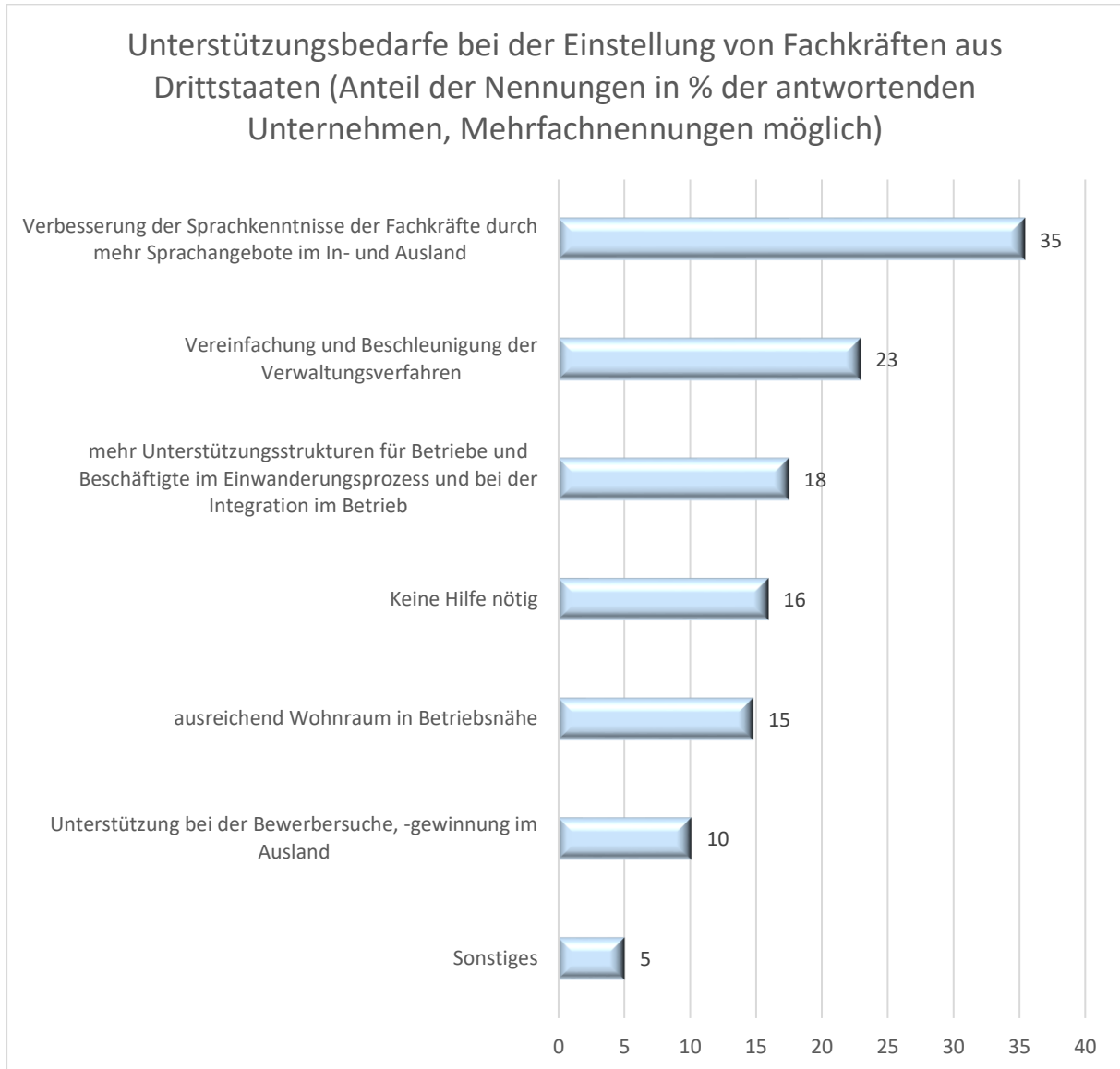
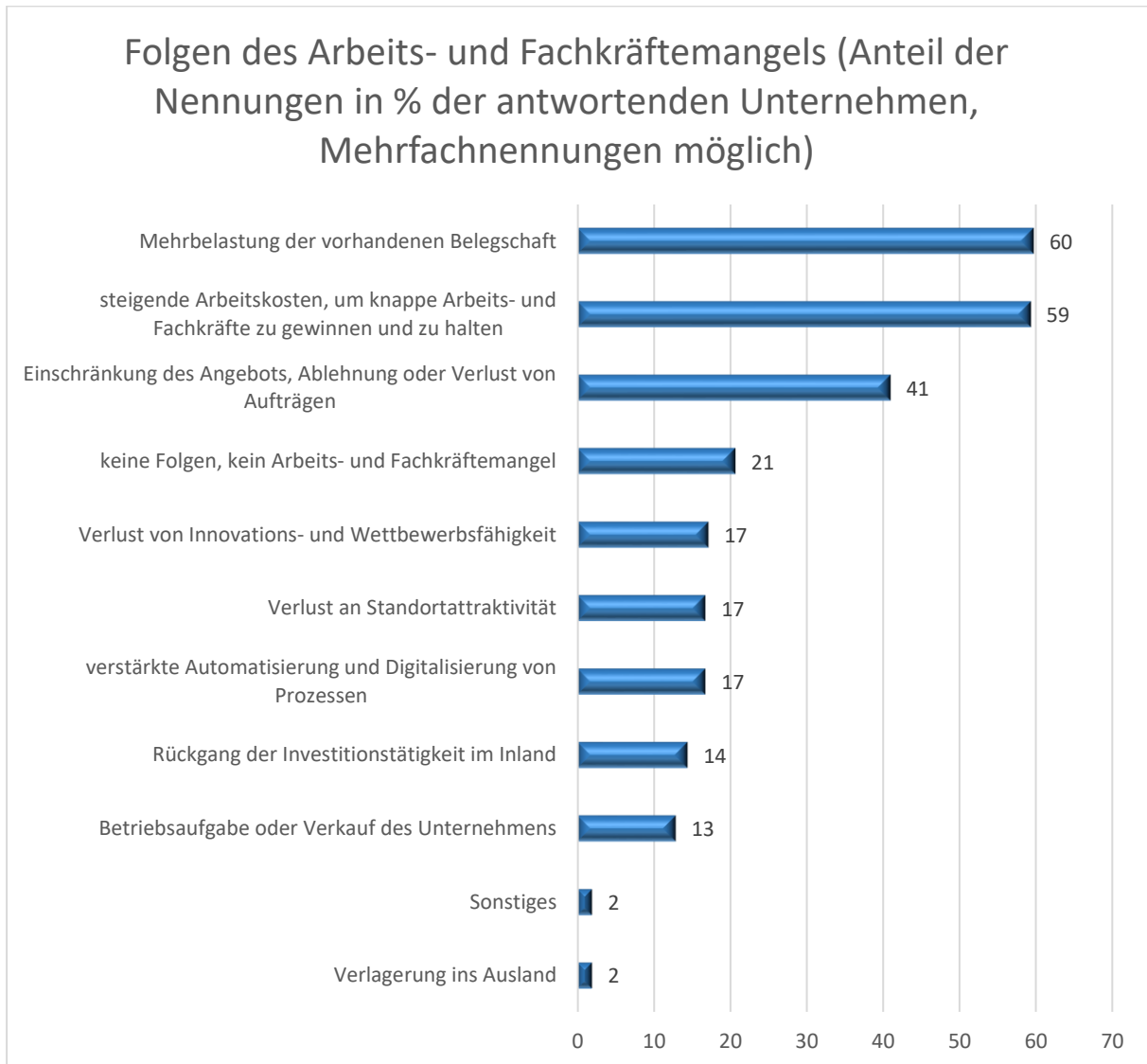


Abb. 4



Als Folgen des Personalmangels erwarten zukünftig jeweils etwa 60 % der Unternehmen eine Mehrbelastung der vorhandenen Belegschaft und steigende Arbeitskosten, um knappe Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. (Abb. 4). Gut 40 % gehen davon aus, dass sie ihr Angebot – noch weiter – einschränken oder – noch häufiger – Aufträge ablehnen.

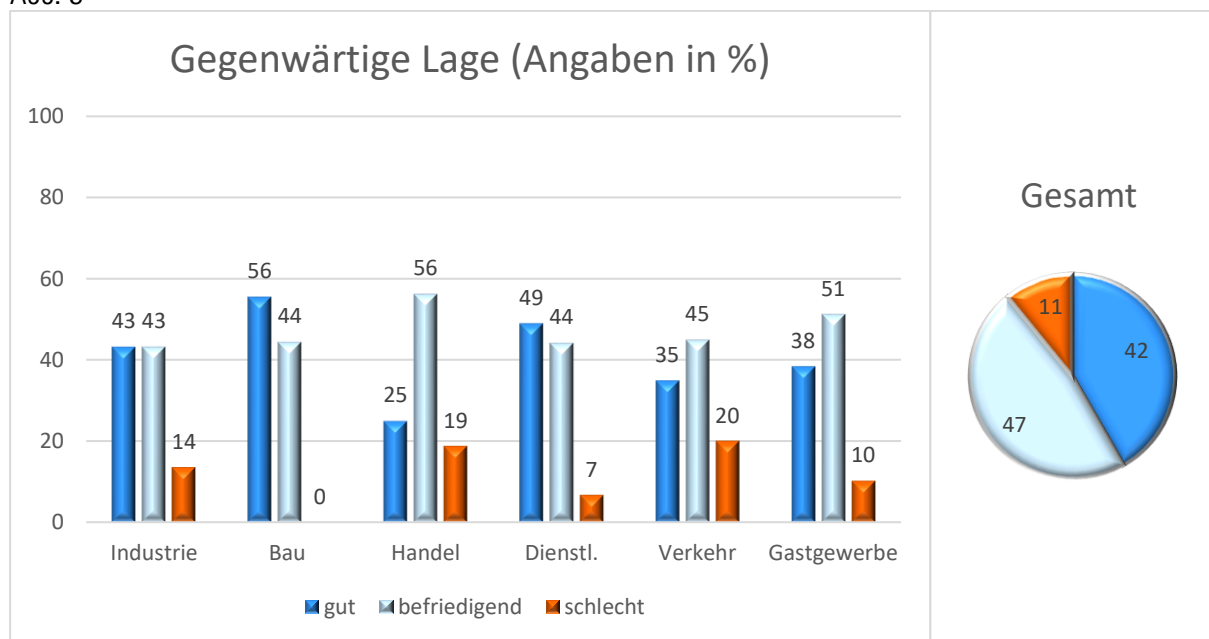
Die Entwicklung in den Branchen

Die Industrie beurteilt ihre Geschäftslage erheblich schlechter als noch in der Vorumfrage. Der Geschäftslagesaldo ist von 43 Prozentpunkten bei der Umfrage im Frühsommer auf nunmehr 30 Prozentpunkte gefallen. (Abb. 5). Die Auftragslage hat sich verschlechtert. Bei der Vorjahresumfrage im Herbst 2022 verfügte die Industrie über ein hohes Auftragspolster. Davon zehrten die Unternehmen noch im Verlauf von 2023, aber nun sind die Auftragsbestände zurückgegangen. Da sich sowohl die inländische Wirtschaft als auch die Weltwirtschaft nur schwach entwickeln, fallen die Auftragsgänge niedrig aus. 54 % der Industrieunternehmen sehen in der inländischen, 22 % in der ausländischen Nachfrage ein Geschäftsrisiko. Stärker noch als die Risiken auf der Nachfrageseite belasten die Industrieunternehmen die Kostenrisiken. 86 % der Unternehmen sehen ihre Geschäftstätigkeit durch die Energie- und Rohstoffpreise, 70 % durch die Arbeitskosten bedroht. Die Einschätzung der Arbeitskosten als Geschäftsrisiko ist dabei sprunghaft angestiegen. In den Umfragen vergangener Jahre betrachteten i. d. R. etwa 50 % der Industrieunternehmen die Arbeitskosten als Geschäftsrisiko. Die Erwartungen der Industrie für die

kommenden 12 Monate haben sich folglich verschlechtert. Der Erwartungssaldo ist von - 3 Prozentpunkten im Frühsommer 2023 auf jetzt -27 Prozentpunkte zurückgegangen (Abb. 6). Die pessimistischen Erwartungen drücken die Investitionsbereitschaft. Dazu kommt, dass die Gewinnlage ungünstiger geworden ist und darunter die Eigenkapitalausstattung leidet, während die gestiegenen Zinsen die Fremdkapitalbeschaffung verteuern. Nur noch 14 % (FS 23: 32 %) der Industrieunternehmen planen mit höheren Investitionsausgaben, während 47 % (FS 23: 25 %) ihre Investitionsausgaben verringern werden (Abb. 7). Mehr Unternehmen als noch bei der Umfrage im Frühsommer 2023 geben an, in den nächsten 12 Monaten keine Investitionen zu tätigen und der Prozentsatz an Unternehmen, der Investitionen mit einem Volumen von über 100.000 € plant, ist von 52 % (FS 23) auf jetzt 35 % gefallen (Abb. 8). Gegenüber der Vorumfrage spielen Ersatzinvestitionen eine größere Rolle. Die anderen Investitionsmotive haben allesamt an Bedeutung verloren. Die Antworten der Industrieunternehmen zeigen deutlich, dass nun – anders als noch bei der Umfrage im Frühsommer 2023 – auch die Industrie als Treiber der Investitionstätigkeit in der Region ausfällt. In den Fragen zur Beschäftigung wird die ungünstige konjunkturelle Entwicklung genauso wie der strukturelle Fachkräftemangel sichtbar. Konjunkturell zu interpretieren ist der starke Anstieg an Unternehmen, die in den kommenden 12 Monaten von einer rückläufigen Beschäftigtenzahl ausgehen (H 23: 32 %, FS 23: 13 %) (Abb. 9). Gleichzeitig bleiben bedingt durch den Fachkräftemangel wie bei der Vorumfrage bei etwa der Hälfte der Unternehmen offene Stellen längerfristig unbesetzt.

Ein Drittel der antwortenden Industrieunternehmen liefert ins Ausland. Die Anzahl an Unternehmen, die rückläufige Exporte erwartet, liegt etwas über der Zahl derer, die von steigenden Exporten ausgeht.

Abb. 5

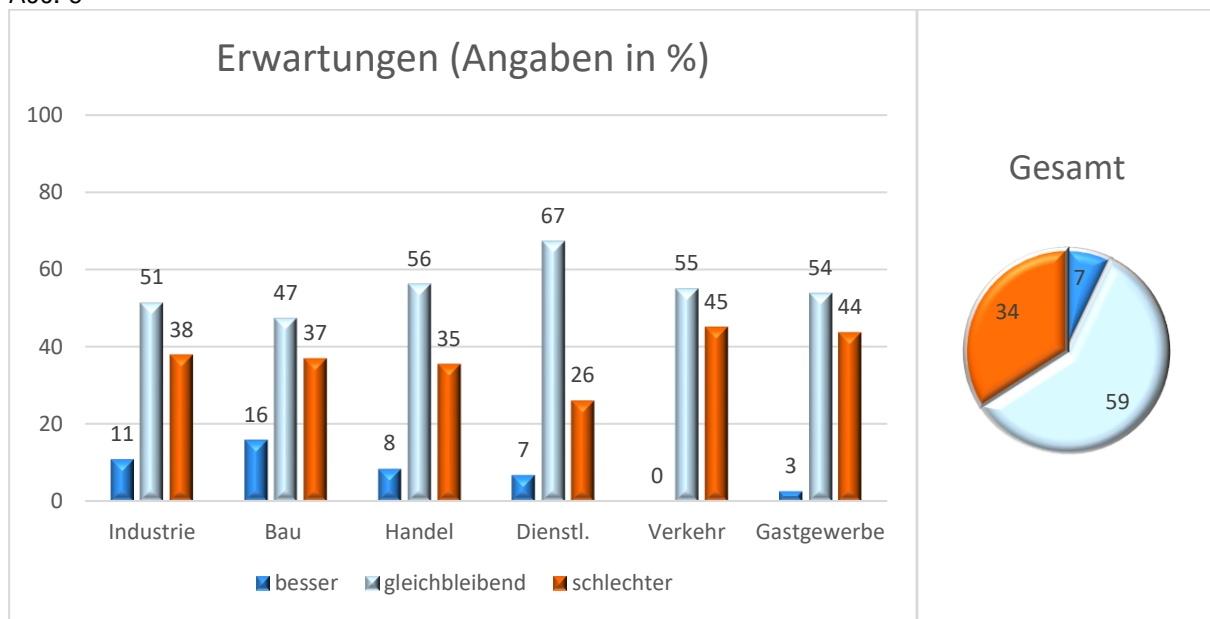


Die Geschäftslage wird von den **Bauunternehmen** nach wie vor „gut“ bis „befriedigend“ beurteilt. Die Auftragslage hat sich weiter eingetrübt. Auch die Bauunternehmen haben in diesem Jahr noch von einem hohen Auftragspolster profitiert. Da es den Bauunternehmen aufgrund der guten Auftragslage bisher vergleichsweise gut gelungen ist, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzureichen, ist die Gewinnlage im Branchenvergleich weiterhin überdurchschnittlich. 86 % der Bauunternehmen beurteilen ihre Gewinnlage als „gut“ oder „befriedigend“. Auch bzgl. der Finanzlage liegt das Baugewerbe an erster Stelle innerhalb der gewerblichen Wirtschaft: Etwa vier von fünf Unternehmen halten ihre Finanzlage für unproblematisch. Inzwischen wurde der zu Anfang des Jahres 2023 hohe Auftragsbestand zum Teil abgearbeitet. Er ist aber auch durch Stornierungen kleiner geworden. Der Auftragslagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut“ und „schlecht“-Meldungen) ist dementsprechend von 33 Prozentpunkten bei der Umfrage im Frühsommer 2023 auf nun 16 Prozentpunkte zurückgegangen.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich eingetrübt. Der Anteil von Unternehmen, der eine schlechtere Entwicklung der Geschäftstätigkeit erwartet ist von 27 % im Frühsommer 2023 auf jetzt 37 % angestiegen. Die Unternehmen sehen in den Energie- und Rohstoffkosten und im Fachkräftemangel die größten Risiken für Ihre Geschäftstätigkeit. Die Inlandsnachfrage steht erst an 5. Stelle unter den Geschäftsrisiken.

Die Investitionsbereitschaft hat einerseits abgenommen. Mehr Unternehmen als noch bei der Umfrage im Frühsommer geben an, dass sie mit geringeren Investitionsausgaben planen. Andererseits hat der Anteil an Unternehmen, die Investitionen zwischen 100.000 € und 500.000 € vorsehen, deutlich zugenommen. Neben Ersatzinvestitionen fließen Mittel in Rationalisierung und Kapazitätsausweitung. Der Fachkräftemangel ist besonders groß in der Branche. Inzwischen können mehr als vier von fünf Unternehmen offene Stellen längerfristig nicht besetzen, und dies relativ unabhängig vom gesuchten Qualifikationsniveau (Abb. 10) Die größeren Unternehmen, bei denen oft mehrere Stellen längerfristig unbesetzt bleiben, erwarten, dass es ihnen auf die Dauer doch gelingt, diese zu besetzen und ihre Belegschaft wieder zu erweitern. Sie sind offen für Fachkräfte aus Drittstaaten, wünschen sich aber, dass die Sprachlernangebote im In- und Ausland erweitert werden, so dass die Sprachkenntnisse der Arbeits- und Fachkräfte aus Drittstaaten besser werden. Kleinere Unternehmen sehen bei sich oft keinen Bedarf an Fachkräften aus Drittstaaten, da sie für das Anlernen und Integration dieser Mitarbeiter bei schlechten Sprachkenntnissen nicht genug Kapazität haben.

Abb. 6



Im Handel wird die Geschäftslage überwiegend positiv eingeschätzt, etwa vier von fünf Unternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“ oder „befriedigend“. Damit bewegt sich die Lageeinschätzung im Rahmen der Nach-Corona Umfragen. Die Nachfrage ist allerdings aufgrund gesunkener Reallöhne preissensibler geworden, so dass die Handelsunternehmen nicht die gesamten Kostensteigerungen in den Preisen weitergeben können. Das belastet ihre Gewinne. So beklagen 41 % der Unternehmen einen Eigenkapitalrückgang. Dennoch hält die Hälfte der Handelsunternehmen ihre Finanzlage für unproblematisch.

Auf die nächsten 12 Monate blicken die Unternehmen mit Sorge (Erwartungssaldo -27 Prozentpunkte). Insbesondere von der Kostenseite gehen hohe Risiken aus. 77 % der Unternehmen sehen in den Energie- und Rohstoffpreisen und 69 % in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko. Knapp die Hälfte der Unternehmen fürchtet eine ungünstige Entwicklung ihrer Nachfrage aus dem Inland. Die Investitionsbereitschaft ist aktuell sehr gering. Fast zwei Drittel der Unternehmen planen in den kommenden 12 Monaten geringere Investitionsausgaben. Knapp 30 % planen keine Investitionen und 36 % nur Investitionen unter 10.000 €. Neben Ersatzbeschaffung steht bei 41 % der Unternehmen Rationalisierung als Investitionsmotiv im Vordergrund - auch bei Unternehmen mit relativ kleinen geplanten Investitionssummen. Angesichts des

Fachkräftemangels und Kostendrucks erwarten nur sehr wenige Unternehmen ein Ansteigen ihrer Mitarbeiterzahl. Gut ein Drittel geht von einem Rückgang aus, weil sie freiwerdende Stellen nicht neu besetzen können oder wollen. 63 % der Unternehmen suchen ohne Erfolg Fachwirte, Meister oder Personen mit anderen Weiterbildungsabschlüssen für ihre offenen Stellen; Stellen für ungelernte Kräfte bleiben nur bei etwa einem Drittel der Unternehmen unbesetzt. Da die Unternehmen größere Schwierigkeiten haben, Stellen mit höheren Anforderungen zu besetzen, sehen sie in der Einstellung von Personen aus Drittstaaten seltener die Lösung ihres Fachkräfteproblems. 48 % der Handelsunternehmen hat zurzeit keinen Personalbedarf.

Abb. 7

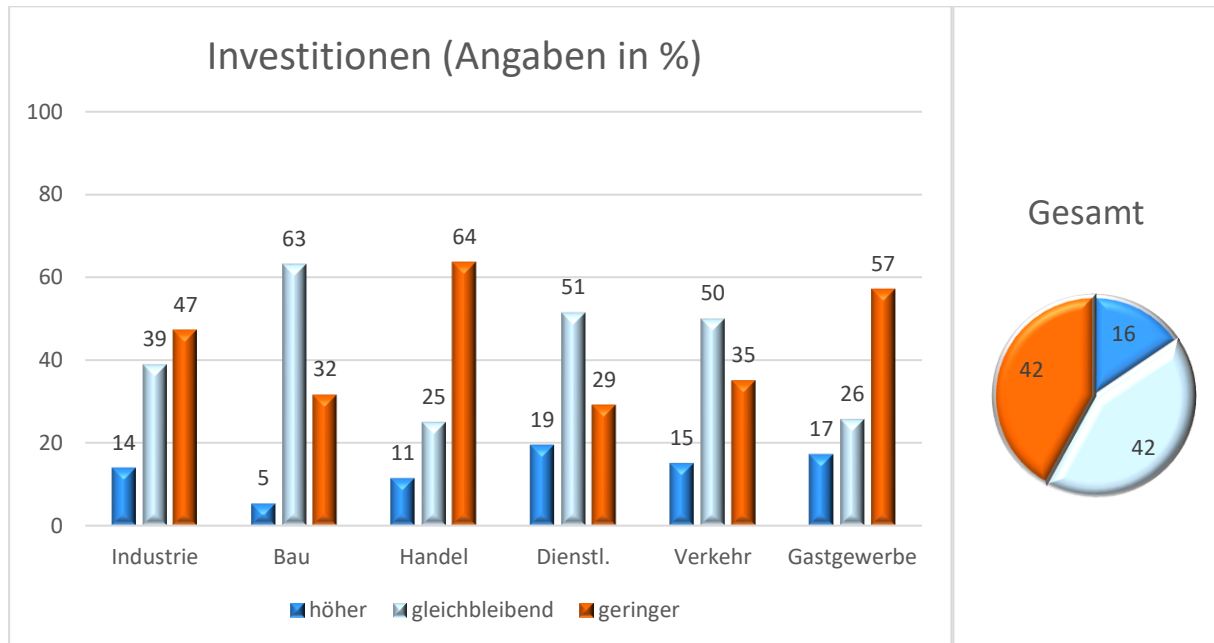
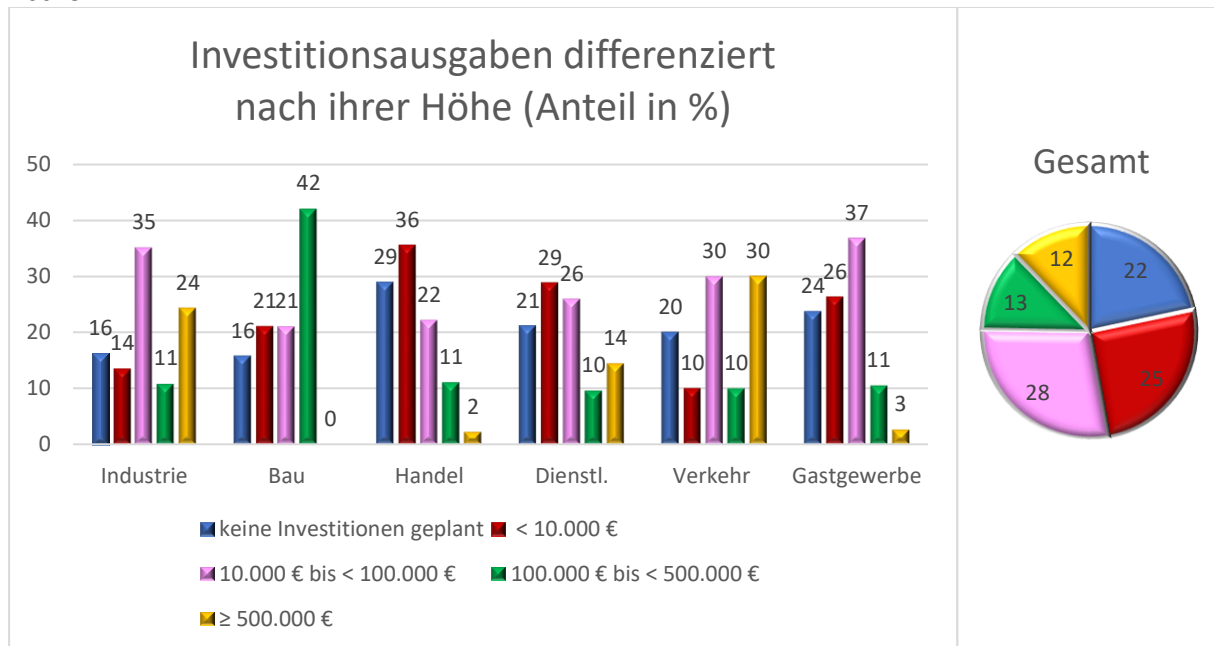


Abb. 8



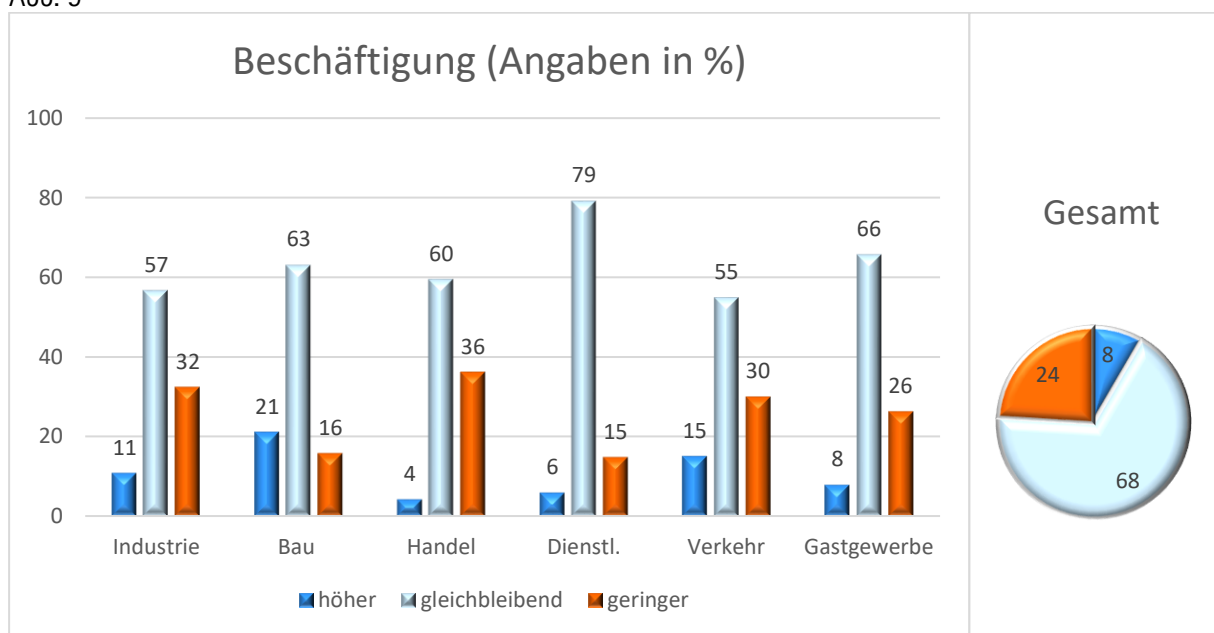
Die Dienstleistungsunternehmen liegen mit ihrer Beurteilung der Geschäftslage (Lagesaldo: 42 Prozentpunkte) weiterhin über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft und positive Stimmen kommen aus der gesamten Breite der Branche, den sozialen und wirtschaftlichen, aber genauso den technischen Dienstleistungen. Sie profitieren von einer guten Auftragslage. Sie sind von

Kostensteigerungen weniger stark betroffen. Zum einen spielen Energie- und Rohstoffkosten eine geringe Rolle, zum anderen ist der Fachkräftemangel weniger drückend. Nur 30 % der Unternehmen gibt an, dass offene Stellen längerfristig nicht besetzt werden können und gut jedes zweite Unternehmen hat zurzeit keinen Arbeitskräftebedarf. Daher stehen die Arbeitskosten nicht so akut unter Druck wie in anderen Branchen. Daher wird auch die Gewinnlage überwiegend positiv beurteilt (Gewinnlagesaldo 21 Prozentpunkte). Die Finanzlage wird von 62 % der Unternehmen als unproblematisch angesehen.

Die Geschäftserwartungen haben sich etwas eingetrübt, sind aber ebenfalls positiver als im Durchschnitt der regionalen Wirtschaft (Erwartungssaldo: -19 Prozentpunkte). Etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen sieht jeweils in den Energie- und Rohstoffkosten, den Arbeitskosten und im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko. Sowohl die günstigeren Geschäftserwartungen als auch die bessere Gewinnlage bewirken, dass die Investitionsbereitschaft mit einem Investitionssaldo von -10 Prozentpunkten über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft liegt. Allerdings haben im Dienstleistungsgewerbe die avisierten Investitionen in der Regel geringere Investitionsvolumina als in der Industrie oder im Verkehrsgewerbe. Gut drei Viertel der Investitionen sind Investitionen bis 100.000 €. Neben Ersatzinvestitionen spielen Investitionen zur Kapazitätsausweitung die größte Rolle.

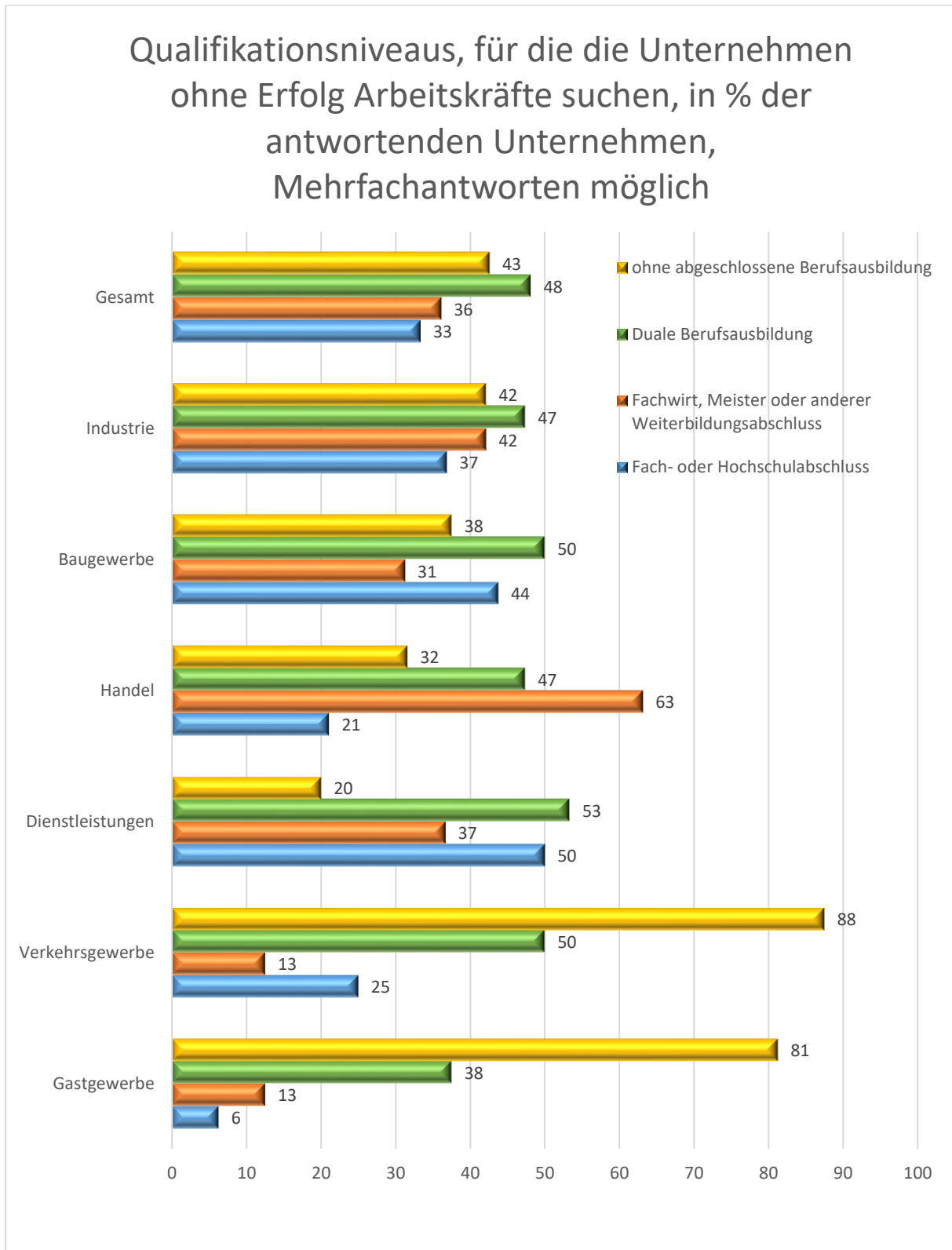
Die besseren Geschäftserwartungen, aber auch der geringere Fachkräftemangel tragen dazu bei, dass sich auch bei den Beschäftigungsplänen die Dienstleistungsbranche vom Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft positiv abhebt. Etwa vier von fünf Unternehmen gehen davon aus, dass ihre Mitarbeiterzahl unverändert bleibt.

Abb. 9



Im Verkehrsgewerbe liegt der Geschäftslagesaldo bei 15 Prozentpunkten. Die Auftragslage wird mit einem Auftragslagesaldo von 40 Prozentpunkten positiv beurteilt und hat sich seit der Umfrage vom Frühsommer sogar noch verbessert. Der Gewinnlagesaldo liegt dagegen mit 10 Prozentpunkten im Minus. Nach einem Rückgang des Dieselpreises in der ersten Jahreshälfte, ist er seit Mitte des Jahres wieder deutlich angestiegen. Die Unternehmen können trotz Dieselfloater höhere Kraftstoffkosten nicht eins zu eins an ihre Abnehmer weitergeben, u.a. weil Kosten von unvermeidlichen Leerfahrten nicht auf die Frachtraten aufgeschlagen werden können. Nur 35 % der Unternehmen sprechen von einer unproblematischen Finanzlage, 40 % beklagen Eigenkapitalrückgang und 35 % bei gestiegenen Zinsen eine hohe Fremdkapitalbelastung.

Abb. 10



Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind im Verkehrsgewerbe besonders schlecht, der Erwartungssaldo liegt bei -45 Prozentpunkten. Hierfür ist vor allem die Kostenseite ausschlaggebend: So sehen vier von fünf Unternehmen in den Energie- und Rohstoffkosten auch für die kommenden 12 Monate ein Geschäftsrisiko. Außerdem treibt der Fachkräftemangel die Lohnkosten in die Höhe. 80 % der Unternehmen sehen darin ein Geschäftsrisiko. Dazu kommt, dass die für den 1. Dezember 2023 beschlossene Mauterhöhung mit ihrer Erweiterung um eine CO₂-Komponente die Kosten weiter in die Höhe treiben wird und auch diese Kostensteigerungen nicht vollständig weitergereicht werden können.

Außerdem werden die Mautzahlungen fällig, bevor die Abnehmer der Verkehrsleistung diese bezahlen, so dass bei den Fuhrunternehmen Liquiditätsengpässe entstehen können. Ungünstige Erwartungen und Finanzierungsbedingungen, die mangelnde Verfügbarkeit von Lkws mit emissionsfreiem Antrieb sowie das Fehlen der für ihren Betrieb notwendigen Ladeinfrastruktur bremsen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Der Investitionssaldo liegt bei – 20 Prozentpunkten. In den Unternehmen, die investieren, sind die Investitionsvolumina höher als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Bei guter Nachfrageentwicklung wird neben Ersatzinvestitionen vor allem in Kapazitätserweiterungen investiert.

Im Verkehrsgewerbe gehen mehr Unternehmen von einer rückläufigen als von einer ansteigenden Beschäftigtenzahl aus. Vor allem größere Unternehmen, die zurzeit gleich mehrere offene Stellen nicht besetzen können, erwarten, dass ihre Mitarbeiterzahl sinkt. Die meisten Unternehmen geben an, dass sie selbst Stellen für die keine Berufsausbildung benötigt wird, nicht besetzen können.

Das Gastgewerbe ist mit der Auslastung in der vergangenen Sommersaison zufrieden. Aufgrund der zum Teil unbeständigen Wetterlage wurde allerdings relativ kurzfristig gebucht, was die Planungen, insbesondere die Personalplanung erschwerte. Der Gewinnlagesaldo ist zwar negativ, aber weniger negativ als bei den Vorumfragen, insbesondere auch deutlich besser als bei der Vorjahresumfrage im Herbst 2022. Offenbar gelang es den Unternehmen, Kostensteigerungen zumindest teilweise an die Gäste weiterzureichen.

Die Erwartungen im Gastgewerbe sind überdurchschnittlich negativ: Kaum ein Unternehmen erwartet eine Verbesserung seiner Geschäftslage in den kommenden 12 Monaten, 44 % dagegen eine Verschlechterung. Viele fürchten das Auslaufen des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen zum Jahresende 2023. Kostentreibend werden außerdem die Energie- und Lebensmittelpreise sowie der Arbeitskräftemangel wirken. Die Unternehmen erwarten, dass sie ihre Verkaufspreise nicht in dem Maße werden erhöhen können, wie ihre Kosten steigen.

Angesichts dieser Geschäftserwartungen sind die Unternehmen zurückhaltend mit Investitionen. Der Anteil an Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben einschränken wollen, ist hoch (57 %) und überwiegt deutlich den Anteil derer, die ihre Investitionsausgaben ausweiten wollen (17 %). Etwa ein Viertel der Unternehmen gibt an, keine Investitionen zu planen und ein weiteres Viertel bleibt bei seinen Investitionen unter 10.000 €. Selbst Modernisierung und Ersatzbeschaffung werden nur von gut der Hälfte der investierenden Unternehmen als Investitionsmotiv genannt. Bei der Interpretation der Zahlen muss allerdings berücksichtigt werden, dass das Gastgewerbe während der Coronapandemie die Zeit und die erhöhten Fördermöglichkeiten in starkem Maße für Investitionen genutzt hat.

Der Personalmangel belastet das Gastgewerbe besonders stark. Die Hälfte der Unternehmen kann offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Gut 80 % der Unternehmen können sogar Stellen für Ungelernte nicht besetzen. Aufgrund des starken Personalmangels ist die Einstellung von Personen aus Drittstaaten im Gastgewerbe von großem Interesse. Die Unternehmen wünschen sich allerdings eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren und halten die Verbesserung der Sprachkenntnisse durch mehr Sprachangebote im In- und Ausland für sehr wichtig. Ohne ausreichende Personaldecke wird die Belastung der übrigen Belegschaft weiter steigen und viele werden ihr Leistungsangebot weiter einschränken, z. B. durch zusätzliche Ruhetage oder mehr Selbstbedienung. Da etwa jedes dritte Unternehmen erwartet, dass dies ihre Investitionsmöglichkeiten einschränken wird, ist zu befürchten, dass die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Branche in der Region leiden wird.

Zusammenfassung

Die regionale Wirtschaft bleibt ohne Schwung. Die Erwartungen für die kommenden Monate sind düster, weil die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für Deutschland im internationalen Vergleich deutlich abfallen. Zweifel an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland halten die Unternehmen von Investitionen ab. Aufgrund des starken Personalmangels fehlt außerdem bei immer weiter steigenden Bürokratielasten und zunehmender Regulierung die Kraft für zukunftsgerichtete Entscheidungen.

Die regionale Wirtschaft fordert deshalb nachdrücklich, die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder ins Zentrum der Wirtschaftspolitik zu rücken und zwar insbesondere durch

- Bürokratieabbau auf allen Ebenen
- sichere und bezahlbare Energieversorgung
- Infrastrukturausbau von der Straße über die Schiene bis zum Ausbau der Energienetze
- keine weitere staatliche Belastung der Arbeitskosten
- Verbesserung der schulischen Bildung

IHK Neubrandenburg

für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de